

Themen wie Internet- und Handysicherheit, Computergames und Gewalt oder gewalttätige Auseinandersetzungen im öffentlichen Raum erhalten - insbesondere wenn Jugendliche involviert sind - viel mediale Aufmerksamkeit. Dies zeigt sich auch in der Zahl der eingereichten Vorstösse im Grossen Rat. Dabei geht es meist um langfristige Präventionsbemühungen oder um kurzfristige Strafmassnahmen zum Abstellen von Fehlverhalten.

Es scheint, dass eines dabei zu wenig Aufmerksamkeit bekommt: Der Umgang mit alltäglichen Herausforderungen, Problemen und Schwierigkeiten - das Praktizieren von Zivilcourage oder praktische Kompetenz, wenn es um neue Medien geht, der Umgang mit akuten Konflikten und Strategien zur Konfliktlösung, das Verhalten in Situationen der Grenzüberschreitung, sei es in der Rolle als Opfer oder als Beobachter. Das sind Probleme, denen nicht einfach mit Verboten und Strafen, aber auch nicht nur mit eingleisiger Information, zum Beispiel im Klassenzimmer, beizukommen ist.

Wie bewegen sich Kinder und Jugendliche in ihren eigenen Welten wie zum Beispiel den Chatrooms, Communities und Game-Welten im Internet? Wie lernen sie, Konflikte ohne Gewalt zu lösen? Das sind zentrale Fragen und Herausforderungen, welche nach entsprechender Schulung und Kompetenz der Bezugspersonen mit einer erzieherischen Funktion rufen. Dazu gehören neben den Eltern auch Lehrerinnen, Lehrmeister, Vorgesetzte, Jugendberater, Aktive in Vereinen und andere. Um diese in die „Medienerziehung“ einbeziehen zu können, braucht es Angebote, die aktuelle gesellschaftliche Fragen realitätsnah behandeln.

Der Regierungsrat hat mehrfach auf die Wichtigkeit dieser Themenkreise hingewiesen. Am Beginn von vermehrten Anstrengungen in diese Richtung könnte eine breite Auslegeordnung stehen. Um dafür einen konstruktiven Anstoss zu geben, erlaube ich mir, dem Regierungsrat folgende Fragen zu stellen:

1. Welche institutionalisierten Angebote zum Erlangen von Medienkompetenz und zur praktischen Schulung in Konfliktvermeidung und -bewältigung existieren im Kanton Basel-Stadt für Kinder, Jugendliche und Erwachsene?
2. Welche Massnahmen werden durchgeführt, damit Erziehungs- und Lehrpersonen praxisnahe Handlungskompetenzen im Umgang mit neuen Medien (sogenannte Medienkompetenzen) erlangen?
3. Welche Institutionen, Fachstellen und Verwaltungsabteilungen (verwaltungsinterne wie -externe) nehmen diese Aufgaben wahr?
4. Auf welche aktuellen und künftigen Projekte konzentriert sich insbesondere das Ressort für „Besondere Prävention“ der Kantonspolizei?
5. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass den oben beschriebenen Themenfeldern in Zukunft erhöhte Aufmerksamkeit beizumessen ist? Wie schätzt der Regierungsrat die aktuelle Situation in den Themengebieten ein, wo er selber bereits Handlungsbedarf geortet hat? In welchen Bereichen bestehen Lücken im Angebot, und wie können diese geschlossen werden?
6. Wie erfolgt die Abgrenzung zu Angeboten und Programmen, welche in erster Linie auf eine sinnvolle Freizeitgestaltung abzielen? Wo gibt es Schnittstellen, etwa zur offenen Kinder- und Jugendarbeit?
7. Welche Aktivitäten ergeben sich aus dem bundesrätlichen Programm zur Stärkung der Medienkompetenz vom Juni 2010, welches in Zusammenarbeit mit den Kantonen aufgezogen werden soll?
8. Wie sieht der Regierungsrat heute und in Zukunft die Rolle der speziell darauf ausgerichteten medienpädagogischen Institutionen, die z.B. Konfliktsituationen und Problemlösungen mit Jugendlichen und Erwachsenen praktisch durchspielen?
9. In welchem Umfang werden diese Angebote direkt von der öffentlichen Hand, aber auch von nahen Institutionen wie Lotteriefonds oder Christoph Merian Stiftung unterstützt?

Francisca Schiess